



53721 Siegburg

Telefon 02241 - 50737

Telefax 02241 - 53642

E-Mail: fraktion@gruene-rhein-sieg.de

Internet: www.gruene-fraktion-rhein-sieg.de

PRESSEMITTEILUNG

Siegburg, 7.12.2022

SPERRFRIST: Ende der Rede am 7.12.2022

Haushaltsrede des Vorsitzenden INGO Steiner zum Haushalt 2023/24

Noch nie hatten ich eine Haushaltsberatung wie diese. Man könnte meinen es läge nur an den besonderen Zeiten, doch viel mehr lag es an unserem ehrgeizigen Zeitplan der Koalition den Haushalt noch in diesem Jahr zu verabschieden. Warum, wird sich die eine oder andere Fragen.

Damit die Kommunen bei ihrer Haushaltsberatung Klarheit haben über die Kreis-, ÖPNV- und Jugendamtsumlage. Denn diese bestimmen die kommunalen Haushalte neben den Personalkosten wesentlich.

Hinzu kommt, dass die neue Landesregierung durch Landtagswahl und Regierungsbildung ebenfalls spät mit ihren Orientierungsdaten dran war. Diese wiederum sind die Eckdaten für den Kreishaushalt. Damit der Zeitplan gehalten werden konnte, musste die Verwaltung mit Eckdaten im Verfahren starten, bei denen immer allen klar war, dass diese nicht final waren. Das war der Grund, warum die Verwaltung ihre eigenen Angaben immer wieder korrigiert. Das kann man falsch finden, den Kommunen wird es aber helfen und das ist entscheidend.

Dass wir im Finanzausschuss noch einen Änderungsantrag präsentiert haben, der vorsieht für 2024 und in der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2025 bis 2026 die Kreisumlage noch weiter zu senken, kann als Bestätigung gesehen werden. Grund dafür ist eine gestern im Land auf dem Weg gebrachte Entscheidung über die Möglichkeiten der Isolierung der Ukrainekriegsfolgen für 2024, 2025 bis 2026. Dadurch erreichen wir unser erklärtes Ziel, die Kommunen maximal zu entlasten.

Doch der Grund für diese historisch niedrigen Umlagesätze liegen nicht nur in der Gegenwart. Vielmehr ist einer der Gründe die solide Finanzpolitik der schwarz/grünen Koalition hier im Kreis in den letzten 20 Jahren.

Das sieht die SPD grundsätzlich anders. In dieser Haushaltsberatung wurde dann am Anfang der Beratung, genau genommen Anfang November 2022, ein Betrag von 50 Mio. € als Entlastung für die Kommunen genannt, ohne das zu diesem Zeitpunkt die Orientierungsdaten des Landes oder andere wesentliche Rahmenbedingungen vorlag. Das kann man so machen, aber seriöse

Haushaltspolitik sieht anders aus. Ziel dieser Aktion ist das, was sie gleich auch hören werden: „Wir hatten die Idee und der Rest ist uns gefolgt.“

Ich könnte jetzt viele für die Kommunen teure Anträge nennen, die von der SPD in den letzten Jahren gefordert wurden und wären wir dem gefolgt, würde die heutige Kreisumlage ganz anders aussehen, vermutlich bis zu 10% Punkte höher. Die Konsequenz wäre, dass im Kreis zahlreiche Kommunen - wenn nicht sogar alle - in der Haushaltssicherung oder gar im Nothaushalt wären.

Da wäre die damalige Idee die Erlöse aus Verkäufen der RWE-Aktien zur einmaligen Senkung der Kreisumlage zu verwenden. Tatsächlich wurde das Geld besser angelegt und als Kapital erhalten. Die Zinserträge haben den Kreishaushalt dauerhaft entlastet.

Oder die Idee der Einführung eines vom VRS losgelösten kreisweiten 1-Euro-Tickets, welches die Kreisumlage um geschätzt 6%-Punkte hätte steigen lassen. Dass jetzt das Deutschlandticket kommt, zeigt doch, dass auch wir dieses Ziel weiterverfolgt haben, aber eben nicht als teuren Alleingang des Rhein-Sieg-Kreises.

Doch was die SPD in den letzten 20 Jahren nie beantragt hat, ist irgendwo irgendwelche Kosten im Haushalt einzusparen. Stopp! Natürlich, da ist der globale Minderaufwand, den sie erstmals für den Haushalt 2021/22 entdeckt hat. Das ist so, als wenn sie dem Hausmann sagen, geh' mal normal einkaufen und spare 3% ein. Am Ende fehlt das Geld trotzdem in der Haushaltskasse, weil trotzdem alles vom Einkaufszettel gekauft werden musste. Es ist ein Placebo, was die Seele beruhigen soll aber am Ende ein stumpfes Schwert.

Dafür gab es dann, wie auch heute wieder, den Wunsch eines Arbeitskreises oder Unterausschusses zur Haushaltskonsolidierung unter dem Vorsitz der Opposition. Wie wichtig dieser Arbeitskreis der SPD in der letzten Wahlperiode war, kann man an der Anwesenheitsliste, oder für die SPD besser Abwesenheitsliste erkennen. Das erklärt dann aber auch, warum es in den letzten 5 Haushaltsberatungen keine Konsolidierungsvorschläge der SPD gegeben hat.

Meine Damen und Herren, kommen wir aber wieder zurück auf das hier und heute. Wir präsentieren ihnen heute einen Haushalt, der nicht gewürfelt oder geschätzt ist, sondern einen Haushalt, der auf soliden Grundlagen aufgebaut ist und damit auch in den schwierigen Jahren 2023 und 2024 Bestand haben wird. Wir haben bewusst gegen einen globalen Minderaufwand entschieden, weil die Zitrone der Einsparungen bereits mehr als ausgequetscht ist. Sicherlich können wir bei den freiwilligen Ausgaben noch sparen, aber das würde die guten sozialen Strukturen im Kreis und die vielen Hilfsangebote massiv schädigen. Hier haben wir als Koalition eine Verantwortung.

Gerade in Zeiten, in denen die Energiekosten rasant steigen und Haushalte massiv belasten, zahlt es sich aus, dass wir im Kreis bereits vor 20 Jahren auf energetische Sanierung und regenerative Stromerzeugung gesetzt haben. Auch die Gründung unserer Energieagentur, in der jetzt 18 der 19 Kommunen im Kreis Mitglied sind, macht sich deutlich positiv bemerkbar.

Die Kommunen im Kreisgebiet könnten sogar über diesen Haushalt hinaus weiter entlastet werden. Und hier könnte die SPD sinnvoll für den Kreis mithelfen. Im Landschaftsverband Rheinland regiert nämlich eine große Koalition aus CDU und SPD. Auf Grünen Druck wurden zumindest 2/3 der aufgrund der gestiegenen Umlagegrundlage prognostizierten Mehreinnahmen für 2023 über eine Senkung der LVR-Umlage den Kommunen wieder zurückgegeben. Aber nur für 2023, nicht mal vollständig – nur 11 Mio. statt 16. Mio. für den Kreis – und schon gar nicht für die Folgejahre.

Auch isoliert der Landschaftsverband die Ukrainekriegs-Folgekosten nicht entsprechend dem Erlass des Ministeriums, sondern teils gar nicht. Insbesondere für die LVR-eigenen GmbHs wird nichts

isoliert, obwohl gerade bei den Kliniken die Anstiege durch die Energiekrise gigantisch sind. Hier wäre deutliches Potential die Kommunen zu entlasten. Es wurde nur angekündigt, die unmittelbaren Kostensteigerungen von ca. 55 Mio. Euro zu isolieren, bei einem Haushaltsvolumen von rund 4 Mrd. Euro, also fast gar nichts.

Sollte im LVR noch ein Umdenken erfolgen, werden wir, CDU, GRÜNE und FDP diese Weniger Ausgaben 1:1 über eine weitere Senkung der Umlage an die Kommunen weitergeben.

Sorgenkind ist und bleibt die Finanzierung des ÖPNV. Beim Ausbau des ÖPNV ist die Koalition ihrer Linie treu geblieben und hat das Angebot in den letzten 15 Jahren quasi verdoppelt. Doch die Kosten haben sich verdreifacht, nicht weil das Angebot nicht angenommen wird, ganz im Gegenteil. Wäre das anders wären die Kosten nochmal deutlich höher. Nein, ÖPNV ist wie Straßenbau nie kostendeckend, doch anders als beim Straßenbau wird der ÖPNV deswegen immer hinterfragt. Wir verstehen guten ÖPNV als Daseinsvorsorge. Aus diesem Grund treiben wir den Ausbau auch konsequent voran, aber nicht blind mit der Gießkanne, sondern fachlich hinterlegt und mit Sinn und Verstand.

Dennoch haben überall Corona und Ukrainekrieg dazu geführt, dass die Einnahmen eingebrochen und die Kosten explodiert sind. Dieses Delta kann nicht aus den kommunalen Haushalten gedeckelt werden, hier müssen Bund und Land einen wesentlichen Anteil übernehmen. Sie kennen alle die Debatte um das Deutschlandticket, aber das ist im Grunde nur der Name und das Aushängeschild, es geht hier im Wesentlichen um die zukünftige systematische Finanzierung des ÖPNV in Deutschland. Wir freuen uns, dass uns der Bund hier hört und mit das Deutschlandticket kommt.

Ich komme zum Schluss. Aber ich möchte nicht versäumen Danke zu sagen. Danke an Kämmerin Svenja Udelhoven mit ihrem gesamten Team, die trotz der schwierigen Rahmenbedingungen unsere Beratungen immer gut unterstützt und auch aktuelle Entwicklungen vorausschauend mit eingeplant haben.

Danke aber auch an alle beteiligten ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und -politiker, die in den Fachausschüssen die Haushaltsberatung intensiv geführt und dafür viel Zeit geopfert haben.

Aber mein Dank geht auch an die Kommunen, die über die Verwaltungen den Dialog gesucht und ihre Sorgen mitgeteilt haben. Das ist nicht selbstverständlich und in Nachbarkreisen auch anders.

Sie haben gleich die Wahl unserem Antrag und dem Haushalt zuzustimmen und unsere Kommunen und die Menschen vor Ort maximal zu entlasten.

Ich bitte dafür um ihre Unterstützung.

Es gilt das gesprochene Wort.

f.d.R Hans Schwanitz, Leiter der Fraktionsgeschäftsstelle